

Kurzbericht zum Runden Tisch „Xenophobie in Russland und in Deutschland“ am 10. und 11. Juli 2007 in Moskau

Organisatoren: Heinrich-Böll-Stiftung, Informations- und Analysezentrum „SOVA“, Zentrum zur Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft“ des Petersburger Dialogs und dem Rat zur Mitwirkung an der Förderung der Institute von Zivilgesellschaft und Menschenrechten beim Präsidenten der Russischen Föderation

Sowohl Deutschland auch als Russland haben Probleme mit Fremdenfeindlichkeit. In Deutschland sind es meist Zuwanderer aus anderen Ländern, denen von Teilen der Bevölkerung das Recht abgesprochen wird, dort zu leben. In Russland richtet sich fremdenfeindliche Gewalt häufig gegen russische Staatsbürger aus dem Kaukasus oder Mittelasien. Beide Länder sind als Nationalstaaten relativ jung und, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, auf der Suche nach einer – neuen – nationalen Identität. Diese Suche ist auch eine Suche danach, wer dazu gehört und warum. Ziel des Runden Tisches war vor allem ein deutsch-russischer Dialog über die Erfahrungen bei dieser Identitätssuche und die Rolle von Staat und Zivilgesellschaft darin. Der Austausch über Gefahren und Fallstricke, aber auch darüber, was funktioniert hat rundeten die Diskussion. Dabei ging es weniger darum, allgemeingültige Antworten zu finden, als die gegenseitigen Probleme aber auch eventuelle Erfolge kennen zu lernen.

Um genügend Raum für die Diskussion über die Situation in beiden Ländern zu haben, wurde in zwei getrennten Panels zuerst unter dem Titel „Identitätspolitik – deutsche Erfahrung“ nach den deutschen Problemen. Das «neue» Deutschland musste nach der Vereinigung 1990 erst zusammenwachsen. Die beiden Teile hatten 40 Jahre lang getrennt von einander unter gegensätzlichen ideologischen Vorzeichen gelebt. Der Osten verlor 1990 seine gewohnte Orientierung. Der Westen tat weitgehend so, als ob nichts wirklich Veränderndes vorgefallen wäre, zahlte und lebte weiter wie bisher. Seine Werte galten auch wiedervereinten Deutschland: parlamentarische Demokratie, soziale Marktwirtschaft, europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Hinzu kam der auch nach 1990 weiter geltende Mythos weiter, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Was aber tun mit den Millionen de-facto Einwanderern, die in deutschen Städten leben? Zu diesem Themenkomplex gab es zwei kurze Einführungen von Marieluise Beck, MdB und ehemalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, und Peggy Piesche von den Black European Studies. Wladimir Malachow von der Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften kommentierte.

In einer zweiten Runde ging es um die russischen Erfahrungen. Russland steht auf den Ruinen des sowjetischen Imperiums. Auf ihnen kann man ein neues Imperium aufbauen, einen Nationalstaat errichten oder etwas anderes schaffen. Doch auch heute ist das Land noch weit davon entfernt, sich entschieden zu haben, wohin es gehen soll. Russland hat mit dem Ende des Kalten Krieges nicht nur sein Imperium verloren, sondern auch das ideologische Projekt, das über 70 Jahre die Richtung angab. Eine neue Idee, wohin sich Russland und die russische Gesellschaft entwickeln sollen, hat sich noch nicht durchgesetzt, wenn nicht die Selbstbeschwörung, Russland sei, quasi naturgesetzlich ein „großes Land“ oder gar eine „Großmacht“ dafür genommen werden soll. Was bleibt ist der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland, der tatsächlich ein großer und auch moralischer Sieg war, der aber gleichzeitig auch ein Sieg Stalins war. Wie schon der Streit um die Verlegung eines Kriegsdenkmals in der estnischen Hauptstadt Tallinn im Frühjahr 2007 zeigt, hat die Auseinandersetzung darum, was dieses Erbe für die heutige Identität Russlands bedeutet, erst begonnen. Welche Vorstellungen von „Russland“ gibt es in der russischen Gesellschaft? Auf welche historischen Vorbilder und Erfahrungen beziehen sie sich? Wer gehört dazu und wer nicht? Wie geht die russische Gesellschaft mit dem multinationalen Charakter des Landes um? Zu diesen Fragen nahmen Lew Gudkow, Direktor des Levada-Zentrums, Emil Pain, Direktor des Zentrums für Ethnopolitische und regionale Forschung, und Alexander Daniel von Memorial International Stellung. Mit Gasan Guseinov von der Universität Bremen kommentierte ein Wanderer zwischen den Welten, geboren in Moskau, heute mit deutschen Pass.

Gegen Fremdenfeindlichkeit sind fast alle bedeutenden politischen Kräften in Russland und in Deutschland. Doch wie fremdenfeindlichen Äußerungen oder gar Handlungen entgegengetreten werden kann, darüber gibt es viel Streit. Rede- und Meinungsfreiheit sind Grundwerte, die in der deutschen und der russischen Verfassung hoch geachtet werden. Trotzdem gibt es legitime Gründe, sie einzuschränken, nämlich dann, wenn durch sie andere Grundrechte oder die Grundrechte anderer verletzt werden. Das geschieht alltäglich auf gesetzlicher Grundlage, auch um gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus vorgehen zu können. Nun sollten Grundrechte grundsätzlich, wie auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mehrfach geurteilt hat, nur soweit eingeschränkt werden, wie nötig. Doch wer bestimmt, was nötig ist und des Guten zuviel? Die Antwort auf diese Frage muss nicht nur eine rechtliche, sondern

auch eine politische sein. Welche rechtlichen und politischen Mechanismen haben sich in Russland und Deutschland in diesem Bereich entwickelt? Wie zufriedenstellend funktionieren sie? Welche Korrekturmöglichkeiten gibt es im Falle von Missbrauch der gesetzlich möglichen Einschränkung von Rede- und Meinungsfreiheit? Mit diesen Fragen setzten sich vor allem Alexander Werchowskij vom Informations- und Analysezentrum „SOWA“ und Bernd Wagner vom Zentrum Demokratische Kultur auseinander. Ihre kurzen Vorträge wurde von Stefan Melle vom Deutsch-Russischen Austausch und von Anna Sewortjan vom Zentrum zur Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten kommentiert.

Zum Abschluss des Runden Tisches wurde die Frage nach Beispielen gelungener Integration gestellt. Migration in erheblichem Umfang ist Teil der modernen Welt. Die Geschwindigkeit der Migrationsbewegungen über Grenzen hinweg, aber auch, wie in Russland, innerhalb eines Landes zwischen sehr unterschiedlich entwickelten Regionen ist merklich größer als die Fähigkeiten zur Integration an den neuen Lebens- und Wohnorten. Die Reaktionen von staatlichen Stellen, Alteingesessenen und Neuangekommenen auf diese Situation sind unterschiedlich und unterschiedlich erfolgreich. Sie reichen von Versuchen der Integration, über aggressive Abwehr der Migranten durch teile der ursprünglichen Bevölkerung bis zur Bildung von abgeschotteten Enklaven von Migranten am neuen Wohnort mit eigenen, von der alteingesessenen Gesellschaft abweichenden Regeln. Welche positiven Erfahrungen gibt es in Deutschland und Russland? Was ist eine gelungene Integration? Wer sind die Agenten einer solchen Integration? Welche Voraussetzungen muss und kann der Staat für eine gelungene Integration schaffen? Was ist die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen? Dazu nahmen Wladimir Mukomel vom Zentrum für Ethnopolitische und Regionale Forschung, sowie Barbara John, ehemalige Ausländerbeauftragte des Landes Berlin, Stellung. Kommentiert wurden ihre Äußerungen von Omid Nouripour, MdB, und Alexander Ossipow vom Menschenrechtszentrum Memorial.

In allen vier Diskussionsrunden waren sich die rund 30 Teilnehmer und Teilnehmerinnen darüber einig, wie wichtig und erhellend diese Form von Erfahrungsaustausch ist. Trotz vieler Parallelen zeigte sich aber auch, wie unterschiedlich beide Gesellschaften doch sind und welche unterschiedlichen Problemlagen es gibt. Die russischen Teilnehmer und Teilnehmerinnen waren vor allem an der praktischen Erfahrung von speziellen Behörden oder Beauftragten und staatlich geförderten, aber von NGOs durchgeführten Programmen interessiert. In dieser Hinsicht steht Russland erst ganz am Anfang. Wie so oft war die Diskussion am lebhaftesten als es um Identitätsfragen ging. Einig war man sich, dass derartige Foren sehr geeignet sind, die doch meist eher allgemeineren Diskussionen beim großen Petersburger Dialog zu vertiefen und so praktisch nutzbar zu machen.